

## Welche Preissteigerungsrate ist wirtschaftspolitisch relevant?

Von Friederike Spiecker | 11.03.2013

Lag die deutsche Preissteigerungsrate in den letzten Jahren nun unter 1%, zwischen 1% und 2% oder über 2%? Immer wieder wird uns die Frage gestellt, wieso wir die Preisentwicklung in Deutschland als zu gering bezeichnen und ihren jahresdurchschnittlichen Wert für die letzten 13 Jahre (seit Einführung des Euro) mit 0,9% angeben. Denn die Verbraucherpreise sind in diesem Zeitraum laut Angaben des Statistischen Bundesamtes um durchschnittlich 1,6% pro Jahr gestiegen. Haben wir uns etwa in den Daten geirrt? Nein, es handelt sich um zwei verschiedene Preissteigerungsraten, von denen hier die Rede ist. Um 0,9% ist der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts (BIP-Deflator) gestiegen, ebenfalls ausweislich der amtlichen Statistik.

Und die zweite häufig gestellte Frage lautet: Gibt die Europäische Zentralbank (EZB) nicht eine Zielrate für die Preissteigerung von *unter 2%* vor, wozu die besagten 1,6% doch ganz gut passen? Auch das muss verneint werden, denn die EZB strebt eine [Zielrate](#) von "*knapp unter 2%*" an. Und das sind vielleicht 1,9%, niemals aber ein Fünftel weniger als der genannte obere Grenzwert von 2%.

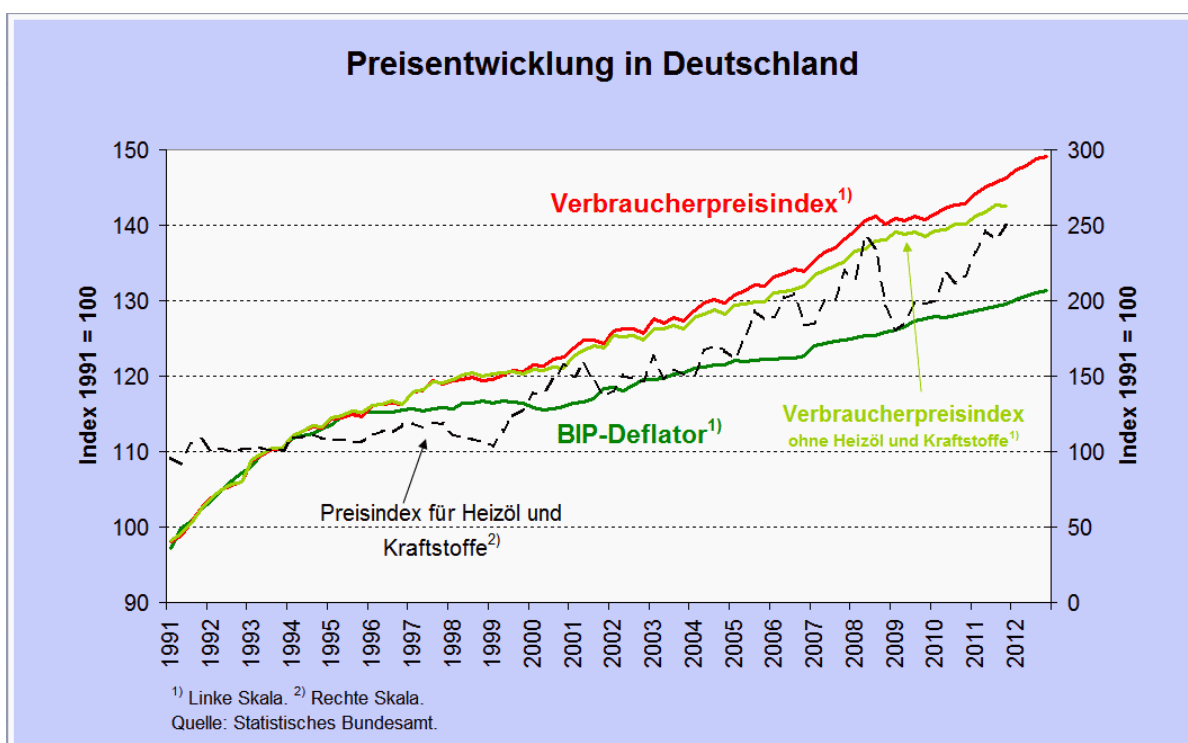
### Zunächst ein Wort zur Statistik

Doch nun genauer zu den verschiedenen Preissteigerungsraten. Die in der Öffentlichkeit viel beachtete, weil aus Sicht des Verbrauchers interessante Größe ist die Wachstumsrate des Verbraucherpreisindex, die widerspiegelt, um wie viel der Warenkorb eines durchschnittlichen deutschen Konsumenten teurer geworden ist. In diesem Warenkorb stecken auch eine Reihe Importgüter oder aus dem Ausland eingeführte Güter, die nur noch wenig weiter bearbeitet werden, bevor sie beim Verbraucher landen, so z.B. Gas, Benzin oder Lebensmittel wie Reis, Kaffee und Bananen. Der Verbraucherpreisindex bildet daher auch bis zu einem gewissen Grad ab, wie sich die Preise dieser Importwaren entwickeln.

Der Preisindex des BIP, also dessen, was im Inland produziert wird und auf den wir uns des Öfteren beziehen (s.o.), gibt an, um wie viel die *hierzulande hergestellten* Güter teurer geworden sind. Da in die Produktion dieser Güter auch Vorleistungen aus dem Ausland wie etwa Erdöl, Kupfer oder Kohle einfließen, bildet dieser Preisindex ebenfalls bis zu einem gewissen Grad die Entwicklung bestimmter Importpreise mit ab, nur eben nicht in exakt der gleichen Weise wie der Verbraucherpreisindex. Denn

zwischen der Struktur der hierzulande konsumierten und produzierten Waren bestehen beachtliche Unterschiede.

Und so kommt es, dass bei starken Steigerungen sagen wir der Heizöl- und Kraftstoffpreise der Verbraucherpreisindex oft stärker reagiert als der BIP-Deflator (s. Abbildung). Abgelesen werden kann das auch an verschiedenen, nach Art der Waren differenzierten Verbraucherpreisindizes: So liegt der Verbraucherpreisindex ohne Heizöl und Kraftstoffe etwas näher beim BIP-Deflator als der Gesamtindex. In der Grafik sind zur Illustration zusätzlich zum BIP-Deflator und diesen zwei Verbraucherpreisindizes noch Werte des Preisindex für Heizöl und Kraftstoffe abgebildet (gestrichelte Linie, Skala der rechten y-Achse), der wesentlich stärker schwankt. Peaks wie in den Jahren 2000 und 2001 oder im Jahr 2008 machen sich beim Gesamtindex der Verbraucherpreise klar bemerkbar, Preisverfall ebenso, wenn auch weniger stark (z.B. 2009).



Und nun zur wirtschaftspolitischen Relevanz

Nachdem diese statistischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Arten, die Preisentwicklung zu messen, geklärt sind, kommen wir zu der eigentlich spannenden Frage, welche Preissteigerungsrate denn nun die "richtige" bzw. wirtschaftspolitisch relevante ist. Die Antwort hängt von der Fragestellung ab. Will man erfahren, wie viel Euro (mehr) ein Konsument in diesem Jahr im Vergleich zum vergangenen Jahr für einen durchschnittlichen Warenkorb bezahlen muss, dann schaut man sich selbstverständlich die Steigerungsrate des *Verbraucherpreisindex* an. Diese Perspektive ist z.B. dann wichtig, wenn man beurteilen will, in welchem Maße Sozialhilfesätze, Mindestlöhne oder die Einkommen in den untersten Lohngruppen an die aktuelle Preisentwicklung angepasst werden müssen.

Bei Fragen des internationalen Handels und damit auch der Eurokrise beziehen wir uns auf den BIP-Deflator und nicht auf den bekannteren Verbraucherpreisindex, weil der BIP-Deflator in Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes die höhere Aussagekraft hat. Die Konkurrenzfähigkeit eines Produktes gegenüber vergleichbaren Gütern anderer Hersteller drückt sich in einer Marktwirtschaft in erster Linie im Angebotspreis dieses Produktes aus. Der BIP-Deflator ist im Vergleich zum Verbraucherpreisindex für die Lage der Unternehmer eines Landes der passendere Indikator, weil es um die Konkurrenzfähigkeit der hierzulande produzierten und nicht der hierzulande konsumierten Güter geht.

Zieht man also den BIP-Deflator als Maßstab für die Preissteigerung in Deutschland heran, zeigt sich über die Jahre seit der Euro-Einführung hinweg eine noch viel größere Lücke zur Zielrate der EZB als beim Verbraucherpreisindex: Mehr als einen ganzen Prozentpunkt, also die Hälfte der angestrebten jährlichen Rate, lag das deutsche Preisniveau Jahr für Jahr im Durchschnitt hinter der Zielvorgabe der EZB zurück.

#### Woran orientiert sich die EZB?

Einwenden lässt sich an dieser Stelle, dass sich die EZB ihrerseits – ungeachtet der erläuterten Logik – auf den Verbraucherpreisindex konzentriert, wenn sie die Preisstabilität messen will. Zwar ist Deutschland auch bei diesem Indikator hinter der Zielvereinbarung zurückgeblieben, jedoch nicht so eklatant wie beim BIP-Deflator. Damit erscheint unsere Kritik an der deutschen Preisniveauentwicklung dann aber doch nicht vollkommen berechtigt zu sein, wenn selbst die oberste Instanz in Sachen Geld und Währung den anderen Maßstab wählt, oder?

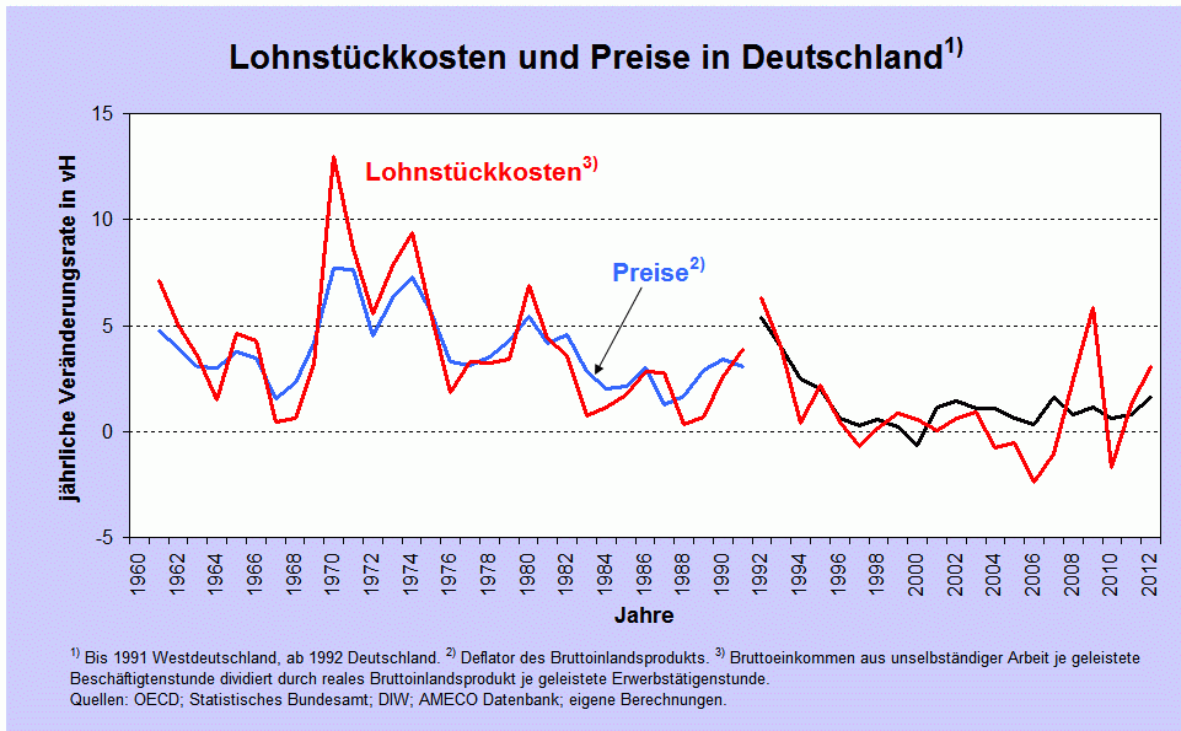
Die Gegenfrage lautet, warum die EZB ihre Zielrate nicht am BIP-Deflator festgemacht hat, obwohl ihr das oben ausgeführte Argument nicht unbekannt sein dürfte. Handelt es sich hier einfach um ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung, die nun mal den Verbraucherpreisindex stärker wahrnimmt als andere Preisindikatoren? Will die EZB den Eindruck vermitteln, dass sie den Finger am Puls des Verbrauchers bzw. des Sparer hat und immer bereit ist, Ungemach von ihm, sprich: Kaufkraftverluste resp. Vermögensverluste durch Geldentwertung abzuwenden, egal woher die Geldentwertung stammt? Das mag ein Argument sein, ist aber in unseren Augen nicht der wesentliche Punkt.

Denn man kann sich ja leicht überlegen, dass die EZB mit ihrer Zinspolitik auf Importpreise keinen Einfluss auszuüben vermag. Schließlich befinden sich die Unternehmen, von denen Importpreissteigerungen ausgehen, definitionsgemäß nicht im geldpolitischen Hoheitsgebiet der EZB. (Das war schon während der Ölpreiskrisen in den 1970er Jahren bei der Deutschen Bundesbank der Fall.) Steigt der Verbraucherpreisindex, weil die Ölpreise kräftig anziehen, und setzt die Zentralbank daraufhin die Zinsen nach oben, trifft diese Maßnahme die *inländischen* Kreditnehmer (Investoren und Verbraucher), nicht die ausländischen. Dadurch kann zwar die inländische Nachfrage zurückgedrängt werden und können auf diesem Wege *andere* Preise innerhalb des Verbraucherpreisindex so gezügelt werden, dass die Zuwachsrate des gesamten Verbraucherpreisindex wieder auf das gewünschte Maß zurücksinkt.

Aber die Einkommensumverteilung hin zu den Ölmultis kann damit nicht gestoppt werden. Bei Inflationsdruck kann die Notenbank also, egal woher die Preissteigerungen kommen, ihre Zielrate immer durchsetzen, indem sie über Zinserhöhungen die Konjunktur ausbremst, und damit in der Öffentlichkeit als "Hüterin der Preisstabilität" punktet. Die Konsequenzen einer solchen Politik sind aber für das Inland unter Umständen sehr negativ, weil nicht nur die Umverteilung hin zu den Rohstofflieferanten bezahlt – und das heißt: real erarbeitet – werden muss, sondern zugleich die Wirtschaftsaktivität zusätzlich gedämpft wird durch die Verschlechterung der Zinsbedingungen. Umgekehrt müsste die Notenbank bei fallenden Importpreisen (z.B. wegen Platzens spekulativer Preisblasen an den Rohstoffmärkten wie 2008) und entsprechend niedrigerer Preissteigerungsrate rein formal betrachtet mit einer Zinslockerung reagieren, auch wenn das nicht zur Kapazitätsauslastung passen sollte.

#### Die Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten für die Inflation ...

Das alles weiß die EZB so gut wie wir und reagiert deshalb auch nicht laufend auf von Rohstoffpreisen getriebene Abweichungen des Verbraucherpreisindex von seinem Zielwert. Vielmehr betont die Notenbank regelmäßig, die Inflationserwartungen aller Marktteilnehmer *mittelfristig* auf einem niedrigen Niveau von knapp unter 2% *verankern* zu wollen. Wie kann sie das erreichen? Nun, sie muss den eigentlichen Motor hinter der inländischen (!) Preisentwicklung im Auge behalten, nämlich die Kosten der Produktion. Von Unternehmen zu Unternehmen, von Branche zu Branche setzen sich die Kosten aus unterschiedlichen Positionen zusammen: Mal spielen Vorleistungen im Materialbereich oder im Bereich Dienstleistungen eine große Rolle, dann wieder sind die Lohnkosten der größte Block. Weil aber die Endprodukte des einen Unternehmens entweder bereits die Endprodukte sind, die an den Verbraucher gehen, oder aber Vorleistungen für andere Unternehmen darstellen, sind gesamtwirtschaftlich betrachtet die Löhne der mit weitem Abstand wichtigste Kostenfaktor. Selbst Maschinen sind irgendwann einmal unter Einsatz von Arbeit hergestellt worden, enthalten also in den Anschaffungskosten eine ganze Lohngeschichte, vom Ingenieur über den Designer bis hin zum Schweißer.



Das heißt aber nichts anderes, als dass die Grundtendenz der Preisentwicklung (jenseits von Importpreisschwankungen) durch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten bestimmt wird. Lohnstückkosten (und nicht Lohnkosten allein), weil die Preise ja auch von der Produktivität abhängig sind, mit der die Lohnarbeit verrichtet wird. Macht die Notenbank die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten zum Maßstab ihrer Zinspolitik, dann kann sie Importpreis- und daraus folgende Verbraucherpreisschwankungen getrost ignorieren, ohne einen Verlust an Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit zu riskieren.

... stellt den Monetarismus fundamental in Frage

Warum macht die EZB das dann nicht, zumindest nicht offiziell, sondern bleibt lieber beim Preisindex, noch dazu dem der Verbraucher stehen und nimmt in Kauf, gelegentlich im Widerspruch zu diesem Indikator handeln zu müssen und damit von den Bürgern missverstanden zu werden? Das kann man nur damit erklären, dass ihr ihr monetaristisches Weltbild im Wege steht. Dieses Weltbild besagt, dass die Zentralbank der Volkswirtschaft eine Geldmenge zur Verfügung stellt. Je nachdem, wie die Geldmenge wächst, nimmt die Preissteigerungsrate zu, ab oder bleibt konstant. Diese Vorstellung ist mit der Idee einer von den Lohnstückkosten getriebenen Preisentwicklung unvereinbar, weil es bei letzterer nicht auf irgendeine wie auch immer definierte Geldmenge ankommt, sondern auf das Verhalten der Tarifparteien.

Damit wäre die Lohnpolitik *das* Instrument zur Wahrung der Preisstabilität und stünden die Tarifpartner, namentlich die Gewerkschaften als wirtschaftspolitisch verantwortliche Partner der EZB auf gleicher Augenhöhe gegenüber. Tarifautonomie wäre dann nicht mehr eine abgeschottete Veranstaltung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bei der die jeweilige konjunkturelle

Großwetterlage mal die eine, mal die andere Seite (die aber eher selten) mit Marktmacht ausstattet, sondern ein Terrain, auf dem gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrgenommen werden muss. Und was bliebe dann die Aufgabe der Geldpolitik, wenn die Preisstabilität als Aufgabe der Tarifpartner angesehen würde? Etwa gar das gesamtwirtschaftliche Wachstum und damit die Lage am Arbeitsmarkt?

Verkehrte Welt, muss jeder Monetarist denken und sich zum Zwecke der Inflationsmessung lieber wieder dem Verbraucherpreisindex zuwenden, der den Zusammenhang mit den Lohnstückkosten nicht gar so offensichtlich werden lässt. Die Welt vom Kopf auf die Füße stellen, muss sich jeder unvoreingenommene Betrachter denken und sich zum Zwecke der Inflationsmessung dem BIP-Deflator und den gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten zuwenden. Und dann sieht er die Misere, in der die europäische Währungsunion steckt, in vollem Umfang und auch die Ursachen dafür.

### Empirische Tricks zum Armrechnen der deutschen Industrie

Denkt man das Argument zu Ende, dass es bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit um die preisliche Konkurrenzfähigkeit exportfähiger Güter geht, müsste man sich eigentlich für die Preise der hierzulande produzierten *Exportgüter* oder zumindest die der industriellen Erzeugnisse interessieren und nicht für die des gesamten BIP. Denn die Exportpreise müssen ja mit der internationalen Konkurrenz Schritt halten können, während etwa direkt beim Verbraucher erbrachte Dienstleistungen den internationalen Wettbewerb nicht oder nicht direkt zu spüren bekommen. Also wäre ein spezifischer Exportpreisindex noch aussagekräftiger als der umfassendere BIP-Deflator. Doch dem steht folgende Überlegung entgegen: Eigentlich interessieren im Zusammenhang mit Fragen der Wettbewerbsfähigkeit wie gesagt weniger die Preise als die Kosten der exportfähigen Güter. Denn wenn die Kosten schneller steigen als bei der internationalen Konkurrenz, müssen die Unternehmen entweder mit vergleichsweise stärkeren Preiserhöhungen reagieren oder damit, dass sie eine Verringerung ihrer Stückgewinne hinnehmen (Gewinn-Squeeze). Im ersten Fall riskieren sie Marktanteilsverluste und dadurch eine Reduktion des Gesamtgewinns, im zweiten Fall realisieren sie bei gleichbleibendem Marktanteil eine Stückgewinnreduktion und dadurch ebenfalls eine Verringerung ihres Gesamtgewinns. In beiden Fällen sinkt ihre Wettbewerbsfähigkeit, weil ja ein Gewinnrückgang die Investitionsfähigkeit schmälert, jedoch vom Investitionsverhalten die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit wesentlich abhängt. Die *Stückkostenentwicklung* der Exportgüter würde also besser anzeigen, wie es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit bestellt ist, als es die *Exportpreisentwicklung* kann.

Nur: Den Indikator "Stückkosten der Exportgüter" gibt es nicht. Und daher müssen wir uns auf der Kostenseite mit den gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten behelfen, denen auf der Preisseite der BIP-Deflator besser entspricht als ein Preisindex für Exportgüter oder für industrielle Erzeugnisse. Das ist der Grund, weshalb wir uns in unseren Analysen auch nicht in erster Linie auf Außenhandelspreisindizes oder Erzeugerpreise stützen, sondern den breiter angelegten BIP-Deflator heranziehen. Nun ließe sich einwenden, dass es für den Preisindex industrieller Erzeugnisse sehr wohl einen vergleichbaren Kostenindex gibt, nämlich den Index der Lohnstückkosten im

Verarbeitenden Gewerbe. Und tatsächlich wird von interessierter Seite immer wieder genau dieser Index verwendet, um zu belegen, wie teuer Deutschlands Industrie produziere, wie schwer es daher deutsche Exportunternehmen hätten, im internationalen Wettbewerb zu bestehen, und wie wenig Spielraum nach oben es aus diesem Grund bei Lohnverhandlungen gäbe ([iw Trends 4/2012](#)).

Doch dieser Einwand ist falsch. Da in die Kosten der Produktion von exportfähigen Industrieerzeugnissen nicht nur die Lohnkosten des Verarbeitenden Gewerbes eingehen sondern über die Vorleistungen auch die Lohnkosten anderer Wirtschaftszweige, spiegeln die Lohnstückkosten des Verarbeitenden Gewerbes nicht annähernd die tatsächliche Kostensituation der Exporteure wider. An dieser Stelle sind die *gesamtwirtschaftlichen* Lohnstückkosten ganz eindeutig der einzig sinnvolle Maßstab. Sich auf internationale Vergleiche von industriellen Lohnstückkosten zu verlegen, bedeutet, die Industrieunternehmen in Deutschland systematisch arm zu rechnen. Denn Lohnniveau und Lohnentwicklung und mit ihnen Lohnstückkostenniveau und -entwicklung außerhalb des industriellen Sektors sind hierzulande noch deutlich schlechter als im Verarbeitenden Gewerbe. Das Armrechnen macht sich aber aus Unternehmersicht gut, wenn man in Lohnverhandlungen scheinbar glaubwürdig mit kostenbedingten Arbeitsplatzverlusten aufgrund ausländischer Konkurrenz drohen kann.

Ganz und gar unseriös ist der internationale Vergleich von in der Industrie gezahlten *Stundenlöhnen* ([iwd Nr. 40 vom 4. Oktober 2012](#)), weil er die Produktivität ausblendet, die in den betrachteten Ländern sehr verschieden sein kann. Für die "wahre" Kostensituation und damit die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit sind nur Stückkosten aussagekräftig, niemals "Stunden"kosten. Da Deutschland einen vergleichsweise hohen Kapitalstock und entsprechend produktive Arbeitsplätze hat, gerät es beim Stundenlohnvergleich automatisch in die Kategorie "überteuerter Standort".

Dass immer wieder auf solche irreführenden Vergleiche zurückgegriffen wird, zeigt vor allem, wie händeringend auf Seiten der Unternehmer nach Argumenten gesucht wird, die die angebliche Kostenbelastung durch Löhne und die daraus erwachsende Gefährdung der deutschen Exportfähigkeit belegen sollen. Denn Ziel ist es regelmäßig, der Arbeitnehmerseite in Lohnverhandlungen den ihr zustehenden Anteil am Produktivitätsfortschritt zu schmälern. Da wird nach jedem Strohalm gegriffen, und sei er noch so dünn. Dass man dadurch auch wissenschaftliche Reputation verspielen und nicht als ernst zu nehmender Diskussionspartner, sondern als reiner Interessenvertreter wahrgenommen werden könnte, stört offenbar solange nicht, solange derlei empirische Trickserien in der Öffentlichkeit nicht bekannter und geächteter sind.

## Über den Autor



**Friederike Spiecker** ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

---

Veröffentlicht am: 11.03.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/03/welche-preissteigerungsrate-ist-wirtschaftspolitisch-relevant/>